

PRESSEMITTEILUNG



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

Nr. 1/2012

04.01.2012

Herausgeber: DPoIG - Landesvorstand

Hohenzollernstr. 41
66117 Saarbrücken
Telefon (0681) 545 52
Telefax (0681) 545 53

info@dpolg-saar.de
www.dpolg-saar.de
V.i.S.d.P.: Horst Dörr

DPoIG kritisiert Jamaika wegen der geplanten Änderung des Polizeigesetzes:

„Die Polizei geht zurück in die Steinzeit!“

Die jüngsten Ereignisse über die Aktivitäten im rechtsradikalen Spektrum in Deutschland haben die Öffentlichkeit sehr überrascht und bewegt. Die nunmehr aktuellen Verlautbarungen aus den saarländischen Regierungskreisen zur Reform des Polizeigesetzes haben wohl ähnliche Wirkung erzielt, auf jeden Fall bei den Polizeibeamten.

Die geplante Rücknahme der Befugnisse zur erweiterten Videoüberwachung, der automatisierten Kennzeichenüberwachung sowie der vorbeugenden Telekommunikationsüberwachung entbehren einer sachlichen Begründung.

Die erst vier Jahre alte Regelung wird „im Vorbeigehen“ wieder einkassiert und man verweist auf fehlende technische und personelle Ausstattung der Polizei. Hier muss der interessierte Leser aufhorchen:

Die Polizei ist weder für ihre technische noch personelle Ausstattung in Verantwortung, sondern die Politik. Die Beamten können hier nicht als Schuldige dargestellt werden, die gesetzliche Möglichkeiten nicht ausgenutzt haben. Frei nach dem Motto: „Ihr seid ja selbst schuld!“

Die DPoIG kann ebenso wie die übrigen Berufsvertretungen der saarländischen Polizei diese Gesetzesänderung nicht unterstützen. „Wir sollen in einer moderner werdenden Gesellschaft als Polizei mit unseren Mitteln zurück in die Steinzeit gehen!“

Wir fordern die Verantwortlichen auf, nicht durch die parteipolitische Brille, sondern im Sinne der Sicherheitsbedürfnisse der Menschen zu entscheiden.

Horst Dörr

Landesvorsitzender

